S 90 AY 126/21

Rechtskraft

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Berlin-Brandenburg Sozialgericht Sozialgericht Berlin

Sachgebiet Asylbewerberleistungsgesetz

Abteilung 91 Kategorie Urteil Bemerkung -

Deskriptoren Schuldanerkenntnis

Eigenanteil

Gemeinschaftsunterkunft

Gebührenordnung

öffentlich-rechtlicher Vertrag

Nichtigkeit

Leitsätze Ein im Wege eines öffentlich-rechtlichen

Vertrags unterschriebenes "Anerkenntnis

der Zahlung von Eigenanteilen" zur

Beteiligung an den Kosten der

Unterbringung für geflüchtete Menschen mit Einkommen ist nichtig, wenn mangels entsprechender Gebührenordnung kein Verwaltungsakt gleichen Inhalts hätte

erlassen werden können.

Normenkette SGB 10 § 55 Abs 1

SGB 10 § 61 S 2

BGB § 781

SGB 10 § 58 Abs 2 Nr 1

SGB 10 § 40 Abs 1

AsylbLG § 2

1. Instanz

Aktenzeichen S 90 AY 126/21 Datum 18.03.2024

2. Instanz

Aktenzeichen -Datum -

3. Instanz

Datum - Sozialgericht Berlin Â

Â

S 90 AY 126/21	Â	Â
Â		
Im Namen des Volkes		
Urteil		
In dem Rechtsstreit		
â		
Â		
â <u></u>		
ProzBev.:		
Rechtsanwalt â∏¦		
gegen		
Â Â Â Â Â Â Â Â Â das L Flüchtlingsangelegenhei		vertreten durch das Landesamt fýr Â
Darwinstr. 14-18, 10589 B â∏¦	erlin,	
Â		
â <u></u> Beklagter â∏		
Â		
Â		
	hter am Soz	Berlin ohne mündliche Verhandlung am 18. ialgericht â∏¦ sowie die ehrenamtlichen nt: Â Â Â
â∏Anerkenntnis der Za	hlung von	Kläger unterschriebene Eigenanteilenâ∏ vom 25. März 2021 s gegen den Kläger keine Rechte

Der Beklagte trägt die notwendigen auÃ∏ergerichtlichen Kosten des Klägers. Â

Â

Tatbestand

Der KlĤger macht die Nichtigkeit eines von ihm unterschriebenen Schuldanerkenntnisses geltend.

Der Kläger ist Inhaber einer Aufenthaltsgestattung und Leistungsberechtigt nach § 2 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG). Er bezieht Einkommen aus Erwerbstätigkeit, welches den Regelbedarf übersteigt.

Unter dem 25. März 2021 unterschrieb der Kläger ein â∏Anerkenntnis der Zahlung von Eigenanteilenâ∏. Dieses lautete wie folgt: â∏Ich (â∏) erkenne zur selbständigen Begründung der Zahlungsverpflichtung an, dass ich einen Eigenanteil fþr die Unterbringungskosten monatlich in Höhe von derzeit 344,-Euro für die Zeit vom 01.03.2021 bis 30.09.2021 dem Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) schulde. Der Eigenanteil verändert sich bei gleichbleibendem Einkommen nicht und wird ggf. gesondert beschieden. Die Verpflichtung zur monatlichen Erstattung des Eigenanteils endet mit Ablauf der in der Kostenübernahmeerklärung genannten Zuweisungszeit, soweit diese nicht verlängert wird. Hiermit wird ein von einem etwaig zu Grunde liegenden Rechtsverhältnis/ Nutzungsverhältnis durch die erfolgte Unterbringung getrenntes und selbständiges Schuldverhältnis begrþndet Der Eigenanteil ist jeweils bis zum 15 nach Bezug der Unterkunft und in der Folgezeit bis zum 15 eines jeden Monats im Voraus zu entrichten.â∏ Es folgten die Ã∏berweisungsdaten des Landes Berlin. Unterschrieben wurde die Erklärung allein vom Kläger.

Mit eidesstattlicher ErklĤrung vom 9. April 2021 erklĤrte der KlĤger, dass er am 25. MĤrz 2021 einen Termin beim Beklagten gehabt habe. Es sei dabei um die VerlĤngerung der Kostenļbernahme fļr die Gemeinschaftsunterkunft gegangen, in der er lebe. WĤhrend des GesprĤchs habe die Sachbearbeiterin ihm ein Dokument gegeben. Er habe nicht verstehen kĶnnen, was in dem Dokument stehe. Darum habe er nach einem Dolmetscher gefragt. Sie habe gesagt, dass er keinen Dolmetscher brauche, weil er gut Deutsch verstehe. Sie habe gesagt, dass er jetzt viel Geld verdiene und dass er jeden Monat 344 Euro für die Miete zahlen solle und dass er das Dokument unterschreiben müsse. Er habe nicht gewusst, ob das richtig oder falsch sei. Er habe unterschrieben, weil die Frau dies gesagt habe.

Mit anwaltlichem Schreiben vom 15. April 2021 teilte der KlĤger mit, dass er das Anerkenntnis widerrufe und anfechte. Die Vereinbarung sei mindestens sittenwidrig. Er sei dazu gedrĤngt worden, die Unterschrift zu leisten, ohne dass es irgendwelche Verhandlungen auf AugenhĶhe gegeben habe oder dass er auch nur ansatzweise die Vereinbarung habe mitgestalten kĶnnen. Er sei nicht einmal in der Lage gewesen, den Inhalt der Vereinbarung zu verstehen.

Der KlĤger hat Klage erhoben.

Mit Beschluss vom 5. November 2021 hat das Gericht auf die Rechtswegr $\tilde{A}^{1}/_{4}$ ge des Beklagten den Rechtsweg zu den Sozialgerichten f $\tilde{A}^{1}/_{4}$ r zul \tilde{A} xssig erkl \tilde{A} xrt.

Der Kläger behauptet, bei Unterzeichnung des Schuldanerkenntnisses sei seine Bitte um einen Dolmetscher ignoriert worden. Ihm sei erklärt worden, er sei zur Unterschrift verpflichtet.

Der Kläger ist der Ansicht, das Schuldanerkenntnis sei nichtig. Der zuständige Senat fýr Integration, Arbeit und Soziales von Berlin (im Folgenden SenIAS) habe bis heute eine erforderliche Nutzungsgebýhrensatzung oder -verordnung für Nutzungsgebühren für Aufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünfte i.S.d. AsylG nicht erlassen. Stattdessen habe SenIAS eine â \Box Ā \Box bergangsregelungâ \Box etabliert. Da nicht transparent sei, was diese â \Box Ā \Box bergangsregelungâ \Box umfasse, sei auf Nachfrage, bspw. des FIýchtlingsrates Berlin auf eine Power-PointPräsentation Bezug genommen worden, woraus sich alles ergeben würde und weitere Fragen entbehrlich würden. Ob und welche Kalkulationen dieser â \Box A \Box bergangslösungâ \Box zugrunde lägen, sei bis heute unbekannt. Gegenüber der taz habe die Senatorin am 3. August 2021 sogar von einer Ã \Box bergangsverordnung gesprochen.

Der KlÄger ist der Ansicht, das Schuldanerkenntnis sei bereits wegen Sittenwidrigkeit nach <u>§ 58 Abs. 1</u> Zehntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB X) i.V.m. <u>§</u> 138 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) nichtig. Nichtig sei demnach insbesondere ein Rechtsgeschärft, durch das jemand unter Ausbeutung der Zwangslage, der Unerfahrenheit, des Mangels an UrteilsvermĶgen oder der erheblichen Willensschwärche eines anderen sich oder einem Dritten fä¼r eine Leistung Vermögensvorteile versprechen oder gewähren lasse, die in einem auffälligen MissverhĤltnis zu der Leistung stünden. Die Sittenwidrigkeit könne sich zudem aus dem Inhalt, Zweck oder Beweggrund der vertraglichen Vereinbarungen ebenso ergeben, wie aus der Art ihres Zustandekommens, z.B. wenn die BehĶrde den Vertragspartner aufgrund ihres â∏Ã∏bergewichtsâ∏∏ zu Leistungen zwinge, die von ihm rechtlich nicht geschuldet würden (HessVGH vom 21. Juni 2018 â∏ 3 A 2410/16, Rn. 49 m.w.N.; Hissnauer in Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGB X, 2. Auflage, § 58 SGB X, Stand: 11. Januar 2021, Rn. 8). Hier habe der Beklagte die Zwangslage des Klägers ausgenutzt. Dem Kläger sei vermittelt worden, er müsse das â∏Schuldanerkenntnisâ∏∏ unterzeichnen â∏∏ er habe keine Wahl bzw. sei dazu verpflichtet. Zudem sei ausgenutzt worden, dass der KlĤger der deutschen (Schrift)Sprache nicht ausreichend mÄxchtig sei, um zu verstehen, was er dort habe unterschreiben sollen. Treuwidrig sei ein Dolmetscher nicht hinzugezogen worden. Schlie̸lich sei auch ausgenutzt worden, dass der Kläger das deutsche Rechtssystem kaum kenne. Der Beklagte habe sich durch die Ausnutzung der strukturellen Schwärche des Klärgers einen Vermägensvorteil verschaffen wollen, von welchem er wisse, dass es keine Rechtsgrundlage gebe. Die â∏Ã∏bergangslösungâ∏∏ des SenIAS basiere weder auf einer Rechtsgrundlage. noch auf einer irgendwie nachvollziehbaren Kalkulation. Um diese fehlende rechtliche Grundlage zu umgehen, sollte das â∏Anerkenntnisâ∏ eine Rechtsgrundlage schaffen und dabei auch jede Möglichkeit von sozialrechtlichen Rechtsbehelfen ausschalten (jedenfalls nach der Vorstellung des Beklagten). Diese

Konstellation könne nur als sittenwidrig bezeichnet werden. Die Forderung einer Geldsumme für die Nutzung einer öffentlich-rechtlichen Einrichtung stelle eine Nutzungsgebühr dar, für deren Erhebung es einer Gebührenverordnung bedürfe (§Â§ 3, 6 Berliner Gebühren- und Beitragsgesetzes (GebBeitrG)). In Berlin existiere eine solche Gebührenverordnung jedoch nicht.

Der Klåger ist der Ansicht, auch <u>ŧ 58 Abs. 2 Nr. 1 SGB X</u> greife, da ein Verwaltungsakt mit dem Inhalt, dass der Klåger sich einer rechtsgrundlosen Forderung, ohne sozialrechtliche Rechtsschutzmå¶glichkeiten, unterwerfe, an einem besonders schwerwiegenden Fehler leiden wå¼rde und dies bei verståger Wå¼rdigung aller in Betracht kommenden Umstågnde auch offensichtlich wågre. Zudem sei der Vertrag nach <u>ŧ 58 Abs. 2 Nr. 2</u> und 4 SGB X nichtig.

Der KlÄger ist zudem der Ansicht, das Schuldanerkenntnis sei wirksam angefochten worden. Als er das Schuldanerkenntnis unterschrieben habe, habe der Klåger nicht gewusst, dass er eine rechtsgeschågftliche Erklågrung unterschrieben habe. Ihm habe mithin bereits das ErklĤrungsbewusstsein gefehlt, was nach der Rechtsprechung wie ein ErklĤrungsirrtum nach <u>§ 119 Abs. 1 Var. 2 BGB</u> wirke (vgl. MüKo BGB/Armbrüster, § 119 Rn. 96 ff.). Es habe somit ein Anfechtungsgrund bestanden. Darļber hinaus kĶnne die Aussage das Beklagten, der KlĤger müsse das Schuldanerkenntnis unterschreiben, auch als Drohung oder Täuschung i.S.d. <u>§ 123 Abs. 1 BGB</u> gewertet werden. Die Anfechtung sei auch im Sinne von § 143 Abs. 1 BGB ausdrücklich erklÃxrt worden. Aus der ErklĤrung sei auch die zur Anfechtung berechtigenden tatsĤchlichen UmstĤnde erkennbar gewesen. Schlie̸lich sei die Anfechtung gem. <u>§ 121 Abs. 1 S. 1 BGB</u> unverzüglich, d.h. ohne schuldhaftes Zögern, erfolgt. Zwar seien zwischen der Unterschrift unter das Schuldanerkenntnis und der AnfechtungserklĤrung mehrere Wochen vergangen, dies dürfte jedoch nicht als schuldhaftes Zögern zu werten sein, da dem KlAzger als Rechtsunkundigen nicht als schuldhaft vorgeworfen werden könne, zunächst einen Rechtsanwalt aufgesucht zu haben. Da hier zudem eine Drohung oder arglistige TĤuschung i.S.d. <u>ŧ 121 BGB</u> vorliege, komme es auf die Unverzüglichkeit ohnehin nicht an.

Der Klå¤ger ist der Ansicht, dass, wenn der Beklagte meint, nach <u>ŧ 2 AsylbLG</u> i.V.m. <u>ŧ 19 Abs. 5 SGB XII</u> vorgehen zu mù⁄₄ssen, er dies schlicht hätte tun mù⁄₄ssen. Dazu hätte eine vorläufige Leistungsbewilligung gehört, nachdem das entsprechende Einverständnis des Klägers hätte eingeholt werden mù⁄₄ssen und in der Folge hätte ein entsprechender Erstattungsbescheid ergehen mù⁄₄ssen. Dies sei aber nicht geschehen.

Der KlĤger beantragt,

festzustellen, dass das $\hat{a} = Anerkenntnis der Zahlung von Eigenanteilen<math>\hat{a} = C$ (im Folgenden $\hat{a} = C$ Schuldanerkenntnis $\hat{a} = C$) nichtig ist und der Beklagte daraus gegen den Kl \hat{A} wger keine Rechte ableiten kann.

Der Beklagte beantragt,

Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â die Klage abzuweisen.

Der KlĤger ist der Ansicht, dass, nachdem der Beklagte die Kosten der Unterkunft im Voraus in voller Höhe übernommen habe, der Kläger nach § 2 AsylbGL i.V.m. <u>§ 19 Abs. 5 SGB XII</u> zur Erstattung derjenigen Kosten verpflichtet sei, in welchem Umfange ihm aus seinem Einkommen und VermÄgen mÄglich und zumutbar sei. Aus sozialen Gesichtspunkten werde dieser Betrag nach einer Entscheidung der Senatsverwaltung auf 344 Euro monatlich begrenzt. Sonst würde ein Verwaltungsakt ergehen, welcher über 344 Euro lauten würde. Stattdessen sei ein Ķffentlich-rechtlicher Vertrag geschlossen worden. Andernfalls wĤren die vollen Unterkunftskosten anzusetzen und im Ergebnis von der untergebrachten Person zu tragen. Allein die Anwendung der in Rede stehenden ̸bergangslösung ermögliche eine einheitliche Deckelung der Unterbringungskosten. Mit dem Einzug in die Unterkunft des LAF werde faktisch ein öffentlich-rechtliches Unterbringungsverhältnis begründet und damit eine Zahlungspflicht des Untergebrachten. Die Einzelheiten sowie die HĶhe des zu zahlenden Eigenanteils würden in der Kostenübernahmeerklärung des Jobcenters dokumentiert und dem Betroffenen zur Kenntnis gegeben. Mit dem Schuldanerkenntnis werde diese Zahlungspflicht bestÄxtigt und der im Einzelfall auf Grundlage der ̸bergangslösung zu zahlende Eigenanteil dokumentiert. Das Land Berlin beabsichtige mittelfristig, die HĶhe der zu zahlenden Unterkunftskosten bei öffentlich-rechtlicher Unterbringung in einer Gebührenordnung zu regeln. Bis dahin gelte die sog. Ã□bergangslösung, mit der im Lichte des Sozialstaatsprinzips reduzierte Eigenanteile kalkuliert worden seien.

Der Beklagte behauptet, der Kalkulation liege ein Einheitsnutzungsentgelt få¼r sämtliche Arten von vertragsgebundenen LAF-Unterkünften zugrunde. Abweichungen in den QualitÃxtsstandards seien dabei unvermeidbar und hinzunehmen, seien aufgrund der vertraglichen Bindung im Rahmen der QualitÃxtssicherung jedoch begrenzt. Die Erhebung eines Einheitsnutzungsentgelts sei grundsätzlich zulässig und gerechtfertigt, da die untergebrachte Person in eine Unterkunft zugewiesen werde und insoweit keine WahlmA¶glichkeit habe. Unter UmstĤnden seien aber sogar Unterkünfte mit schlechterem Standard tatsÃxchlich aber kostenintensiver, zudem ergebe sich aber schon aus der Vertragsbindung sĤmtlicher Unterkļnfte mit dem LAF eine QualitĤtssicherung. Der durchschnittliche Kostensatz (= Tagessatz der Betreiber + Kosten für die Anmietung der GebĤude), gemessen an der durchschnittlichen Auslastung (95 %) betrage in den Unterkünften 26,56 Euro pro Person pro Tag, ohne Betreuungskosten. Dieser Kostensatz sei nach den in Literatur und Rechtsprechung entwickelten Kriterien nicht vollumfÄxnglich auf die untergebrachten Personen umlegbar. Nach Abzug der nicht umlegbaren Kosten (für Leerstand, ̸berkapazitäten, Betreuung und Bewachung sowie fÃ⅓r staatliche Bedienstete, denen der verwaltungsmĤÄ∏ige Vollzug und Betrieb der Unterkļnfte obliege), betrage dieser umlegbare Kostensatz durchschnittlich 16,18 Euro pro Person pro Tag, sprich einem monatlichen Nutzungsentgelt von 491,82 Euro (das ohne Einkommen nach § 22 Zweites Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) voll zu übernehmen wäre). Diese an sich gebotene kostendeckende Umlage, erscheine indes gemessen an der Art der Unterkunft vor allem aber im Lichte des

Für weitergehende Einzelheiten wird auf den Inhalt der Gerichtsakte sowie der Leistungsakte des Beklagten verwiesen.

EntscheidungsgrÃ¹/₄nde

Die Klage hat Erfolg.

I. Â Â Â Â Â Â Â Â Das Gericht konnte nach $\frac{\hat{A}\S 124 \text{ Abs. 2}}{124 \text{ Abs. 2}}$ Sozialgerichtsgesetz (SGG) ohne mýndliche Verhandlung entscheiden, weil die Beteiligten hiermit ihr EinverstÃ α ndnis erklÃ α rt haben.

II. Die Klage ist zulässig.

Sie ist als Feststellungsklage im Sinne von <u>§ 55 Abs. 1 Nr. 1 SGG</u> statthaft, da das Bestehen oder Nichtbestehen einer Rechtsbeziehung zwischen Beklagtem und KIäger streitig ist.

Der KlĤger hat auch das erforderliche Feststellungsinteresse im Sinne von <u>§ 55</u> Abs. 1 SGG, da der Beklagte dem KlĤger Forderungen stellt, welche sich auf das Schuldanerkenntnis berufen.

III. Die Klage ist auch begründet. Das vom Kläger unterschriebene â∏Anerkenntnis der Zahlung von Eigenanteilenâ∏ ist nichtig.

Bei diesem Schuldanerkenntnis handelt es sich um einen \tilde{A} ¶ffentlich-rechtlichen Vertrag im Sinne von \hat{A} § 55 Abs. 1 SGB X i.V.m. \hat{A} § 61 S. 2 SGB X, \hat{A} § 781 BGB.

Der Wirksamkeit dieses Vertrags steht zunĤchst nicht entgegen, dass dieses nur vom KlĤger unterschrieben wurde. Denn nach <u>§ 781 BGB</u> bedarf nur die ErklĤrung des Schuldners der Schriftform.

Allerdings ist das Schuldanerkenntnis nichtig nach $\frac{\hat{A}\S}{58}$ Abs. 2 Nr. 1 SGB X. Danach ist ein $\tilde{A}\P$ ffentlich-rechtlicher Vertrag nichtig, wenn ein Verwaltungsakt mit entsprechendem Inhalt nichtig w \tilde{A} ¤re. Die Nichtigkeit von Verwaltungsakten richtet sich nach $\frac{\hat{A}\S}{40}$ SGB X.

Es liegt zun \tilde{A} xchst keiner der in \hat{A} § 40 Abs. 2 SGB X genannten absoluten Nichtigkeitsgr \tilde{A} 1/4nde vor.

Zur à berzeugung der Kammer besteht aber Nichtigkeit nach § 40 Abs. 1 SGB X.

Danach ist ein Verwaltungsakt nichtig, soweit er an einem besonders schwerwiegenden Fehler leidet und dies bei verstĤndiger Wýrdigung aller in Betracht kommenden UmstĤnde offensichtlich ist.

Ein besonders schwerwiegender Fehler in diesem Sinne liegt nur vor, wenn der Verwaltungsakt in einem so schwerwiegenden Widerspruch zur geltenden Rechtsordnung und den ihr zugrundeliegenden Wertvorstellungen und tragenden Verfassungsprinzipien steht, dass es unertr\(\tilde{A} \tilde{a} glich w\(\tilde{A} \tilde{a} re, wenn die beabsichtigten Rechtswirkungen eintreten würden (BSG, Urteil vom 20. August 2019 â∏ B 2 U 35/17 R m.w.N.). Materielle Fehler fýhren vor diesem Hintergrund nur ausnahmsweise zur Nichtigkeit, wenn sich die BehĶrde gegenļber dem Bürger Herrschaftsmacht (Eingriffshoheit) beimisst, obwohl das Grundgesetz sie ihr grundsätzlich abspricht oder nur zuspricht, soweit verfassungsgemäÃ∏e Akte der gesetzgebenden Gewalt sie ihr für umschriebene Lebensbereiche übertragen (BSG a.a.O.). Blo̸e Rechtswidrigkeit und keine Nichtigkeit begründet die Gesetzwidrigkeit des Verwaltungsaktes oder das Fehlen einer gesetzlichen Grundlage (Gesetzlosigkeit) (vgl. BSG, Urteil vom 9. Juni 1999 â∏ B 6 KA 76/97 R) oder ein Erlass eines Verwaltungsaktes im Vorgriff auf eine zuka 4 nftige gesetzliche Grundlage (BSG, Urteil vom 23. Juni 1994 â □ 12 RK 82/92), soweit nicht weitere schwerwiegende und offensichtliche Nichtigkeitsgründe hinzutreten (â∏absolute Gesetzlosigkeitâ∏) (BSG, Urteil vom 23. Juni 1994 â∏ 12 RK 82/92).

Vorliegend wĤre nach diesen MaÄ∏stĤben ein Verwaltungsakt mit gleichen Inhalten nichtig gewesen, weil durch den offensichtlichen Mangel einer notwendigen Rechtsgrundlage bei gleichzeitig notwendiger Befriedigung eines existenznotwendigen Unterkunftsbedarfs eine absolute Gesetzlosigkeit vorliegt.

Ziel des Schuldanerkenntnisses ist es vorliegend, den Kl \tilde{A} ¤ger an den Kosten f \tilde{A} 1 ⁄ 4 r eine vom Beklagten vermittelte Unterkunft zu beteiligen.

Zwar ist es nach Ansicht der Kammer dem Grunde nach nachvollziehbar, dass Geflüchtete, die in vom Beklagten vermittelten Unterkünften untergebracht sind, mit einem Eigenanteil an den Kosten ihrer Unterbringung beteiligen, wenn sie Einkommen haben.

Wie aber auch das Land Berlin selbst erkannt hat (vgl. hierzu die vom Kl \tilde{A} $^{\mu}$ ger im Rahmen der Klageschrift vorgelegte PowerPoint-Pr \tilde{A} $^{\mu}$ sentation), sind dabei f \tilde{A} $^{\mu}$ r \tilde{A} $^{\mu}$ ffentliche Einrichtungen, zu denen auch Wohnungslosenunterk \tilde{A} $^{\mu}$ nfte wie die Unterk \tilde{A} $^{\mu}$ nfte des Beklagten z \tilde{A} $^{\mu}$ hlen, die Vorgaben des GebBeitrG zu beachten.

Nach § 3 Abs. 1 GebBeitrG werden als Gegenleistung für die Benutzung öffentlicher Einrichtungen sowie für damit in Zusammenhang stehende Leistungen Benutzungsgebühren erhoben. Nach § 6 Abs. 1 GebBeitrG erlässt der Senat durch Rechtsverordnung nach MaÃ□gabe der Vorschriften dieses Gesetzes Gebühren- und Beitragsordnungen. § 7 Abs. 1 GebBeitrG definiert dabei formelle Anforderungen an das Erlassverfahren, insbesondere Auslegungsfristen. § 8 GebBeitrG wiederum definiert inhaltliche Grundsätze für die Bemessung von Gebühren und Beiträgen.

An einer solchen Geb $\tilde{A}^{1}/_{4}$ hren- bzw. Nutzungsverordnung, welche eine Rechtsgrundlage f $\tilde{A}^{1}/_{4}$ r die vom Kl \tilde{A} ger geforderten Eigenanteile darstellen k \tilde{A} ¶nnte, fehlt es hier.

Soweit das Land Berlin im Rahmen im Rahmen der vom KlĤger übersandten PowerPoint-Präsentation bis zum (für das Jahr 2020 angestrebten) Erlass einer Nutzungsentgeltverordnung für Unterkünfte des Beklagten eine â□□Ã□bergangslösungâ□□ dahingehend praktiziert, dass unter Beteiligung diverser öffentlicher Stellung davon ausgegangen wird, dass die durchschnittlichen umlagefähigen Kosten â□□ca. 492 Euroâ□□ im Monat je Bewohner betragen und vor diesem Hintergrund der maximal zu zahlende Eigenanteil wegen des Standards mit einem Abschlag von 30 % und anhand der GröÃ□e der Bedarfsgemeinschaft (10 %-Abschlag je haushaltsangehörender zweiter und dritter Person) zu berücksichtigen ist, woraus sich ein Betrag von 344 Euro für eine Person, 590 Euro für zwei Personen, 738 Euro für drei Personen etc. ergibt, so kann diese Berechnung bereits aus formellen Gründen nicht die erforderliche Rechtsverordnung ersetzen.

Diese $\hat{a} = \tilde{A} = \tilde$

So ist bereits bei der Bestimmung des Begriffs der â Bedarfsgemeinschaft a beachten, dass dieser aus dem Bereich des SGB II, dort ŧ 7 Abs. 3 SGB II, entstammt, und keine originÄ re Begrifflichkeit des ZwĶlften Buchs Sozialgesetzbuch (SGB XII) oder des AsylbLG darstellt. Das SGB XII kennt den Begriff der Haushaltsgemeinschaft, ŧ 39 SGB XII und definiert in ŧŧ 19 Abs. 4, 20 SGB XII zudem ZugehĶrigkeitskriterien. Diese Begriffe sind aber nicht zwingend deckungsgleich mit dem Begriff der Bedarfsgemeinschaft. Insbesondere wird in der o.g. Darstellung des Eigenanteils zum einen der Begriff der Bedarfsgemeinschaft verwendet, zum anderen aber ein Abschlag fýr â haushaltsangehörendeâ Personen vorgenommen. Haushaltsangehörigkeit und Zugehörigkeit zu einer Bedarfsgemeinschaft sind aber bereits im SGB II nicht zwingend deckungsgleich.

Ungeachtet dessen aber ist nicht ersichtlich, dass die nach den o.g. Kriterien ermittelten Eigenanteile den gebýhrenrechtlichen GrundsÃxtzen, welche sich wiederum am verfassungsrechtlichen Gleichheitsgrundsatz des Art. 3 Abs. 1 Grundgesetz (GG) orientieren, ermittelt wÃxre. So darf die Höhe der Gebühr nicht nach anderen MaÃ \Box stÃxben als â \Box wie auch in § 8 Abs. 2 GebBeitrG niedergelegt â \Box insbesondere dem Aufwand der in Anspruch genommenen Einrichtung (Kostendeckungsprinzip) sowie der Bedeutung der Leistung für den Benutzer (Ã \Box quivalenzprinzip und Grundsatz der VerhÃxltnismÃxÃ \Box igkeit) bemessen (BayVGH, Beschluss vom 14. April 2021Â â \Box 12 N 20.2529). Soweit bekannt, fehlen hierzu jegliche Feststellungen seitens des Beklagten über die in der o.g. PowerPoint-PrÃxsentation genannten Eckdaten hinaus. So ist insbesondere auch die unterschiedliche Behandlung von Haushaltsgemeinschaften verschiedener GröÃ \Box e im Vergleich zu einem Ein-Personen-Haushalt nicht hinreichend begründet. Die unterschiedliche Behandlung von Alleinstehenden oder Haushaltsangehörigen dahingehend, dass ausgehend von einer für alle

einheitlichen Grundgebühr ohne strikte Beachtung des Gleichheitssatzes (Art. 3 Abs. 1 GG) nach freiem Ermessen Abschläge gewährt werden könnten, ist dabei verfassungsrechtlich nicht gedeckt (vgl. zur Unwirksamkeit von § 23 Abs. 2 S. 5 der Bayerischen Asyldurchführungsverordnung (DVAsyl) im Rahmen eines Normenkontrollantrags ausführlich BayVGH, Beschluss vom 14. April 2021Â â□□ 12 N 20.2529).

In Folge fehlte einem (fiktiven) Verwaltungsakt dem KlĤger gegenļber nicht nur eine Rechtsgrundlage. Auch die herangezogenen ErwĤgungen, die die Rechtsgrundlage ersetzen sollen, genļgen nicht den gebührenrechtlichen und verfassungsrechtlichen Anforderungen. Bereits dies begr
ļndet nach Ansicht der Kammer die notwendigen schwerwiegenden Gründe, welche vorliegend zu einer absoluten Gesetzlosigkeit führen. Insbesondere ist dabei zu beachten, dass die vom Beklagten herangezogene Kostenregelung zwar im Vorgriff auf eine zukünftige Nutzungsentgeltverordnung entstehen soll, dass die Grundzüge dieser Verordnung aber weder bekannt noch ersichtlich waren. So kann beispielsweise bei Erlass eines Verwaltungsakts, dessen Rechtsgrundlage zwar durch wesentlichen Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens zustande gekommen war, deren VerĶffentlichung im Bundesgesetzblatt aber noch ausstand, angenommen werden, dass hier inhaltlich im Einklang mit den verfassungsrechtlichen Vorgaben gehandelt wurde (BSG, Urteil vom 23. Juni 1994 â∏ 12 RK 82/92). Wenn eine solche Rechtsgrundlage aber noch nicht einmal in ihren Grundzügen umrissen ist, kann von einer solchen zumindest inhaltlichen ̸bereinstimmung nicht ausgegangen werden, und zwar insbesondere dann nicht, wenn die ̸bergangslösung bereits den geltenden verfassungsrechtlichen und einfachgesetzlichen Vorgaben nicht genügt. Im Ergebnis stellen sich die vom Land Berlin errechneten und vom Beklagten herangezogenen KostenansÃxtze damit als willkürlich dar.

Selbst wenn aber eine Nichtigkeit nach $\frac{\hat{A}\S}{58}$ Abs. 2 Nr. 1 SGB X in diesem Sinne noch nicht vorliegen sollte, ergibt sich eine solche nach Ansicht der Kammer jedenfalls aus $\frac{\hat{A}\S}{58}$ Abs. 1 SGB X i.V.m. $\frac{\hat{A}\S}{38}$ 138 BGB. Danach ist ein $\tilde{A}\P$ ffentlichrechtlicher Vertrag nichtig, wenn er nach $\frac{\hat{A}\S}{38}$ 138 BGB sittenwidrig ist. Die guten Sitten werden dabei als Anstandsgef $\tilde{A}^{1/4}$ hl aller billig und gerecht Denkenden verstanden (BGH, Urteil vom 21. September 1953 \hat{a} | III ZR 304/52).

Diese Sittenwidrigkeit ergibt sich zur Ã□berzeugung der Kammer zusätzlich zu den o.g. Erwägungen zum Fehlen einer Rechtsgrundlage aus dem Kontext, in welchem das streitige Schuldanerkenntnis zustande gekommen ist.

Denn zwar mag es dem Grunde nach dem Anstandsgefühl aller billig und gerecht Denkenden entsprechen, auch geflüchtete Menschen, welche über entsprechende Geldmittel verfügen, zu den Kosten ihrer Unterbringung heranzuziehen, wobei auch dies nicht im rechtlich nicht begründbaren Raum erfolgen kann.

Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, dass der Kläger als geflüchtete Person dem Beklagten nicht auf Augenhöhe begegnet, sondern der Beklagte im Gegenteil

von der Unterzeichnung des Schuldanerkenntnisses den Erhalt einer Unterkunft abhängig macht. Dabei besteht ein Abhängigkeitsverhältnis des Klägers vom Beklagten. Denn ohne Hilfe des Beklagten wÄxre dieser gehalten, entweder eine Obdachlosenunterkunft aufzusuchen oder sich eine Wohnung auf dem Berliner Wohnungsmarkt ohne Hilfe zu suchen. Dabei ist zu beachten, dass sich der Wohnungsmarkt in Berlin in den vergangenen Jahren weitestgehend vom allgemeinen Marktgeschehen abgekoppelt hat (vgl. diesbezüglich LSG Berlin-Brandenburg, Urteil vom 30. März 2023 â∏∏ <u>L 32 AS 1888/17</u>), wie der Kammer auch aus zahlreichen weiteren Verfahren bekannt ist, weshalb die Aussichten für den KlĤger, ohne Hilfe zügig eine Wohnung im niedrigen Preissegment auf dem freien Markt zu finden, als jedenfalls extrem ungünstig einzuschätzen waren. In dieser Situation aber muss der KlĤger darauf vertrauen kĶnnen, dass die vom Beklagten zugrunde gelegten GebührensÃxtze rechtlichen, insbesondere verfassungsrechtlichen Vorgaben genügen und er vom Beklagten als zuständiger Behörde nach den gesetzlichen Grundsätzen behandelt wird. FuÃ∏t aber die im Schuldanerkenntnis geforderte Zahlung für die Nutzung der Unterkunft nicht auf rechtlichen Grundlagen und genļgt nicht verfassungsmäÃ∏igen Berechnungsanforderungen, wie dies hier der Fall ist (s.o.), stellt sich die Vorlage eines Schuldanerkenntnisses faktisch als Ausnutzung einer Zwangssituation dar. Dies aber kann nicht vom Anstandsgefļhl aller billig und gerecht Denkenden, die in einer solchen Situation jedenfalls ein Handeln des Staats auf rechtlicher Grundlage bzw. jedenfalls Axquivalenten Berechnungsgrundlagen erwarten dýrfen und müssen, erfasst sein.

IV. Die Kostenentscheidung beruht auf <u>§ 193 SGG</u> und folgt dem Ergebnis der Hauptsache.

Die Berufung ist statthaft, da der Wert des Beschwerdegegenstandes 750 Euro $\tilde{A}^{1}/_{4}$ bersteigt (\hat{A} § 144 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 SGG).

Â

Erstellt am: 18.07.2024

Zuletzt verändert am: 23.12.2024